

Zeit für Versöhnung Hoffnungen und Befürchtungen einer Französin in Berlin nach der Wahl von Emmanuel Macron

Lisa Crinon

Es ist voll im „Marie Antoinette“. Viele französische und frankophile Berliner versammeln sich am Abend des 23. April in Berlin-Mitte, um den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich zu verfolgen. Stark vertreten sind die Wähler von Jean-Luc Mélenchon, und sie tun ihre Meinung laut kund. Sie sind mit dem derzeitigen System nicht einverstanden und sagen es der ganzen Welt. Nur Mélenchon mit seiner Idee einer VI. Republik bietet einen Ausweg aus der moralischen und gesellschaftspolitischen Krise in Frankreich, sagen seine Anhänger in Berlin. Hier liegt Mélenchons stärkstes Argument: Er ist dagegen. Gegen eine neue Republik mit Politikern der V. Republik, gegen den europäischen Stabilitätspakt, gegen eine europäische Verteidigungsunion, gegen fossile Energien, gegen TTIP und CETA. Die Forderung nach einer 100-prozentigen Energiewende entschuldigt in den Augen einiger seinen Wunsch, aus der Europäischen Union auszutreten. Dass dies für die Franzosen in Berlin ein Ende der Unbeschwertheit im EU-Ausland bedeuten würde, mindert den Enthusiasmus für den väterlichen Linkspopulisten nicht. Zumindest sei er kein Opportunist, betont seine Anhängerschaft, er meine es ernst.

Ernst kann man die Kandidaten der zwei Hauptlager, Benoît Hamon für die Sozialistische Partei und François Fillon für die Republikaner, nicht wirklich nehmen. Den einen nicht, weil seine Partei nicht geschlossen hinter ihm steht, nicht einmal der ehemalige Premierminister Manuel Valls, und daher niemand ehrlich an seinen Sieg glaubte. Den anderen nicht, weil er seine eigenen Versprechen auf peinliche Art und Weise brach und trotz offizieller Beschuldigung seine Kandidatur nicht zurückzog.

Bleibt also Macron – für die einen ein Kompromiss, für die anderen eine große Chance. Seine Positionierung als weder links noch rechts wurde bei vielen jungen Franzosen und Französinen im deutschen Exil als positives Merkmal und Zeichen der Erneuerung gegenüber einem korrupten alten System aufgefasst. Ma-

cron verbindet einige Superlative und Alleinstellungsmerkmale: Er ist der jüngste Kandidat, der je in eine Stichwahl ging, der erste parteilose, er genießt somit „le bénéfice du doute“, die Gunst des Zweifels, also der Vermutung, dass er es besser machen könnte als die anderen zuvor, zumindest nicht allzu viel schlechter. Er spricht gut Englisch, ist überaus präsent, führt eine Beziehung mit einer 24 Jahre älteren Frau, stellt sich in eine Linie mit traditionellen politischen Größen Frankreichs wie De Gaulle und Mitterrand, verspricht aber auch, vieles anders zu machen. Für einen großen Teil der Wählerschaft wird er damit zum Kandidaten der Hoffnung. Seine Vergangenheit als Banker und damit seine Wirtschaftsnähe – in Frankreich nie gut angesehen – werden allerdings mehrheitlich negativ bewertet.

Die Wirtschaftsnähe ist auch Marine Le Pens stärkstes Argument gegen Macron, das sie im Wahlkampf nicht müde wurde zu betonen. Er sei der Kandidat der Banken und der zügellosen Globalisierung; sie hingegen kämpfe wirklich für Frankreich und gegen das System. Ihr drastisches Programm forderte unter anderem den Ausstieg aus Euro, Schengen-Raum und Europäischer Union sowie die Abschaffung des Geburtsortsprinzips „Jus soli“, die strategische Annäherung an Russland und die Null-Toleranzpolitik bei Straffälligkeit. Dadurch zeigt sie sich als legitime Erbin ihres Vaters, Jean-Marie Le Pen, der dem Front National seine xenophobe Ausrichtung bescherte.

Wieder im „Marie Antoinette“, diesmal am 7. Mai. Lauter Jubel bricht aus, als der Sieg Macrons im zweiten Wahlgang verkündet wird. Freudentränen, Umarmungen, erleichtertes Aufatmen. Dabei vergisst die Menge fast, dass der Erfolg der progressiven Kräfte nicht selbstverständlich war. Der Anmarsch des Populismus, gar der Rechtsextremen und Ultrakonservativen, wirft lange Schatten. Jeder dritte Wähler in Frankreich machte von seinem elementaren Bürgerrecht Gebrauch, um Marine Le Pen für die Spitze der Republik zu wählen. In der Stichwahl erreichte sie 35 Prozent. Mit 25

Prozent Enthaltung wurde der zweite Wahlgang 2017 zum negativen Rekord der V. Republik. Wenn das nicht reicht, um den Bedarf nach frischem Wind, die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen und die Inklusion aller in der französischen Gesellschaft deutlich zu machen, dann gibt es Grund zur Sorge, was Frankreich in fünf Jahren bei dem nächsten Gang zur Urne erwartet.

Während der aggressiven Debatte zwischen den Wahlgängen bezeichnete Macron seine Kontrahentin Marine Le Pen als „Parasiten des Systems“, die sich aus den Ängsten und Zweifeln der Gesellschaft nähre. Er wies hier auf die tief sitzende Spaltung der französischen Gesellschaft hin, die ihr schönstes Ideal – die republikanische Idee – in den letzten 50 Jahren missachtete, gar betrog. Das republikanische Modell macht jeden Menschen, der die Institutionen der Republik durchläuft, zu deren Bürger, zu einem Kind der Nation. Ein System, das zwischen Banlieues und Innenstadt, Grandes Écoles und Universitäten, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund scharf trennt und die Chancen so offensichtlich ungleich verteilt wie im heutigen Frankreich, kann die republikanische Idee jedoch nur als Absichtserklärung für sich reklamieren. Ein Betrug also, den Frankreich mit dem rasanten Zuwachs und der Verbürgerlichung bis hin zur Normalisierung des Front National bezahlte.

Im Mai schwebt die Ode an die Freude in der Luft. Endlich reden sie wieder miteinander. Nach Jahren des Missverständnisses, des Stillstands, kommt das deutsch-französische Paar wieder zusammen und löst eine Welle der Zuversicht aus. Nach Nicolas Sarkozy, der Angela Merkel mit seiner fordernden Art brüskierte, und François Hollande, dem sie erst nach und nach vertraute, kommt nun Emmanuel Macron, der junge Alleskönner und Europäer, und mit ihm eine neue Dynamik. Gleich bei Macrons Antrittsbesuch in Berlin kündigten die beiden Staatsoberhäupter einen Reformfahrplan zur Stärkung der Europäischen Union an und zeigten ihre Bereitschaft, die europäischen Verträge zu ändern. Macron möchte mit der deutschen Mutti die Europäische Union reformieren und setzt dafür auf Gespräch und Versöhnung. Er möchte ein Europa, das schützt: seine Arbeitnehmer vor dem Lohndumping aus China, aber auch seine Grenzen vor illegaler Migration von außerhalb der europäischen Familie. Beim Besuch ihres französischen Amtskollegen sprach die Kanzlerin von „Verantwortung in einem der kritischsten Momente der Europäischen Union“. Europa ist eindeutig das gemeinsame Projekt des Duos Merkel-Macron. Die Hoffnung ist also groß, dass Deutschland und Frankreich ihre viel versprochene Motorwirkung auf europäischer Ebene entfalten, sei es durch eine Ver-

teidigungsunion, ein gemeinsames Budgetrecht oder einen europäischen Finanzminister.

Gemeinsam sind wir stärker – ein Leitmotiv von Macrons Politik, der den konservativen Édouard Philippe zum Premierminister krönte und somit den Konservativsten unter den Konservativen den Wind aus den Segeln nahm. Mit einem Premierminister aus dem rechten Lager erhöht Macron seine Chancen auf eine Mehrheit bei den Parlamentswahlen in Juni. Der Deutschlandkenner Philippe ist für die neu konstruierte Regierung zudem eine Trumpfkarte gegenüber Berlin. Weitere eindeutige Zeichen in diese Richtung sind die Ernennung von Philippe Étienne – ehemaliger französischer Botschafter in Berlin und professioneller Europäer – zum diplomatischen Berater sowie die von Sylvie Goulard – liberale Europa-Abgeordnete und Fahnenträgerin der deutsch-französischen Beziehungen – zur Verteidigungsministerin. Ein herzliches erstes Treffen mit der Kanzlerin, eine pro-europäische und deutschlandaffine Regierung, die zur Hälfte mit Frauen besetzt ist, und ein Präsident, der sich als Feminist präsentiert: Alle wollen jetzt nur hören: „Alles wird gut.“ Doch der Weg zum glücklichen Zusammentreffen von Paris und Berlin im Mai war kein Selbstläufer, der weitere Erfolg ist alles andere als sicher.

Das zeigt auch ein Blick auf die Zahlen aus dem Berliner Konsularkreis, der Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern umfasst. 236 Stimmen erhielt hier die rechtsextreme Kandidatin, 3 Prozent der Wähler haben also für sie gestimmt. Mit ihrem rückständigen und europafeindlichen Auftreten überzeugte Marine Le Pen insgesamt 4,9 Prozent der Auslandsfranzosen in Deutschland. Wer sind diese 2.274 Auswanderer, die bereit sind, jemanden als Staatspräsidentin zu wählen, die gegen dieses europäische grenzüberschreitende Leben eintritt? Welche Chance hat Europa hier verpasst?

Die Aufhebung der tiefen gesellschaftlichen Spaltung wird Macrons größte Herausforderung für die Untermauerung einer funktionierenden Demokratie. Die Geschichte hat schon des Öfteren bewiesen, wie hoch der Preis für die Missachtung der erkämpften Grundwerte sein kann. Es bleibt zu hoffen, dass die junge Generation von Europäern diesen Preis nicht mit der Aufgabe der Selbstverständlichkeit Europas bezahlt.



Lisa Crinon ist wissenschaftliche Forschungs koordinatorin des deutsch-französischen Forschungsprogramms „Neue Evaluations- und Beurteilungsrahmen zentraler gesellschaftlicher Veränderungen“ in der Nachwuchsgruppe Arbeit und Fürsorge.

(Foto: David Ausserhofer)

lisa.crinon@wzb.eu